

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 94 (2021)

Heft: 4

Rubrik: Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armeebotschaft 2021

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. Februar 2021 die Armeebotschaft 2021 verabschiedet. Mit den Verpflichtungskrediten von rund 2,3 Milliarden Franken verfolgt der Bundesrat fünf Schwerpunkte. Er will Führungs- und Kommunikationssysteme ausbauen, die Mobilität verbessern, die Armeeangehörigen wirksamer schützen, Logistikinfrastrukturen an die höhere Bereitschaft anpassen sowie Ausbildungsinfrastrukturen modernisieren. Bei diesen Investitionen erhöht die Armee ihre Energieeffizienz und produziert künftig noch mehr erneuerbare Energie. Die Armeebotschaft 2021 weist erstmals aus, wie viel der geplanten Investitionen zur Erreichung der Klimaziele beitragen.

Die Armee muss sich laufend weiterentwickeln, um auf die Abwehr und die Bewältigung aktueller sowie künftiger Bedrohungen und Gefahren vorbereitet zu sein. In den kommenden Jahren will sie ihre Fähigkeiten stärker auf ein hybrides Konfliktbild ausrichten, sowohl bei der Verteidigung in einem bewaffneten Konflikt wie auch bei der subsidiären Unterstützung der zivilen Behörden.

Die Armee muss bereit sein, in einem breiten Aufgabenspektrum eingesetzt zu werden. Sie muss helfen, schützen und kämpfen können – unter Umständen gleichzeitig oder sehr rasch von einer Aufgabe in die andere wechselnd. Dazu braucht sie unter anderem moderne Ausrüstungen und Infrastrukturen. In den kommenden Jahren stehen bedeutende Investitionen bevor, etwa die Beschaffung von Kampfflugzeugen, der Ausbau der Cyberabwehr oder der Ersatz von Führungs- und Kommunikationssystemen sowie von Systemen der Bodentruppen.

Mit der Armeebotschaft 2021 unterbreitet der Bundesrat den eidgenössischen Räten Verpflichtungskredite für die Armee von 2,3 Milliarden Franken. Sie umfasst das Rüstungsprogramm 2021 (854 Mio. Fr.), die Beschaffung von Armeematerial 2021 (772 Mio. Fr.) und das Immobilienprogramm VBS 2021 (628 Mio. Fr.). Der Bundesrat verfolgt folgende fünf Schwerpunkte:

1. Führungs- und Kommunikationssysteme ausbauen
2. Mobilität verbessern
3. Schutz der Armeeangehörigen erhöhen
4. Logistikinfrastrukturen an die höhere Bereitschaft anpassen
5. Ausbildungsinfrastrukturen modernisieren

Erstens will er Führungs- und Kommunikationssysteme ausbauen. Damit ist die Armee rasch einsatzbereit und kann das gesamte

Spektrum ihrer Aufträge erfüllen. Für 178 Mio. Fr. soll das Führungsnetz Schweiz ausgebaut werden. Noch nicht verbundene, einsatzrelevante Standorte der Armee und des Bundes werden erschlossen. Auch sollen für 79 Mio. Fr. die Ausstattung der Rechenzentren erneuert und für weitere 66 Mio. Fr. Führungsinfrastrukturen der Luftwaffe angepasst werden. Diese Investitionen ermöglichen eine krisenresistente, geschützte und störungsfreie Kommunikation, die besser gegen Cyberangriffe geschützt ist als bisher.

Zweitens will der Bundesrat die Mobilität verbessern. Die Bodentruppen sollen künftig vermehrt mobil und im hybriden Konfliktumfeld eingesetzt werden können. Zum einen will er für 360 Mio. Fr. die Fahrzeuge für die Panzersappeurinnen und -sappeure erneuern. Mit diesen Fahrzeugen können Hindernisse rasch entfernt und Absperungen gebaut werden. Zum anderen will er 1- und 2-achsige Anhänger für 66 Mio. Fr. ersetzen.

Der dritte Schwerpunkt setzt der Bundesrat beim Schutz der Armeeangehörigen. Die in den 1990er-Jahren beschafften Schutzausrüstungen gegen atomare, biologische und chemische Kampfmittel sollen für 120 Mio. Fr. ersetzt werden. Der individuelle Schutz der Armeeangehörigen kann damit erhöht werden.

Viertens will der Bundesrat Logistikinfrastrukturen an die höhere Bereitschaft anpassen. Er beantragt, für 163 Mio. Fr. die Logistikinfrastruktur in Burgdorf auszubauen. Das bestehende Werkstattgebäude soll saniert und ein neues Logistikgebäude soll erstellt werden. Dieses bietet Platz für rund 2000 Fahrzeuge und 6000 Materialpaletten für die Ausrüstung der Truppen. Die Aussenstandorte in Rütli-Alpenflüh und Bern können aufgegeben werden.

Fünftens beabsichtigt der Bundesrat, Ausbildungsinfrastrukturen zu modernisieren. Er will die Waffenplätze in Frauenfeld (3. Etappe, 69 Mio. Fr.) und Drogenens (2. Etappe, 45 Mio. Fr.) weiter verdichten. Zudem will er sich an der Indoor-Schiessanlage in Sion beteiligen (26 Mio. Fr.), das Ausbildungszentrum des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz in Schwarzenburg sanieren (34 Mio. Fr.) und Simulatoren für schultergestützte Mehrzweckwaffen beschaffen (51 Mio. Fr.).

Der Bundesrat beantragt auch dieses Jahr die Beschaffung von Armeematerial. Es sind Kredite für die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen, die Munition und die Informatik vorgesehen. Letzterer enthält wichtige Massnahmen zur Cyberabwehr. Die Armee braucht geschützte Informatikmittel und Netze. Deshalb wird der Informatikschutz laufend ausgebaut.

Das Rüstungsprogramm 2021 führt voraussichtlich zu Aufträgen an Schweizer Unternehmen von 697 Mio. Fr. (82 Prozent der Verpflichtungskredite) und Kompensationsgeschäften von 134 Mio. Fr. (15 Prozent). Damit führen 97 Prozent der Verpflichtungskredite zu zusätzlichen Aufträgen an die Unternehmen der Schweiz. Zudem wird das Immobilienprogramm VBS 2021 vorwiegend in der Schweiz beschäftigungswirksam. Insbesondere die sicherheitsrelevante Industrie- und Technologiebasis sowie die Baubranche profitieren damit von Aufträgen im Umfang von 1,5 Mrd. Fr. Die Beschaffung von Armeematerial wurde dabei nicht berücksichtigt.

Schliesslich soll die Armee einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen und des Energieverbrauchs der Bundesverwaltung leisten. Denn die Armee spielt bei der Erreichung dieses erklärten Ziels des Bundesrates eine wichtige Rolle. Sie soll die Energieeffizienz erhöhen und zukünftig noch mehr erneuerbare Energie produzieren. Dazu ist der CO₂-Ausstoss bis 2030 gegenüber 2001 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren. Möglichst alle Ölheizungen sollen – unabhängig vom Ende ihrer Nutzungsdauer – bis 2030 ersetzt werden. Die Armee betreibt bereits heute über 40 Fotovoltaikanlagen, die zusammen rund 6 Gigawattstunden elektrische Energie pro Jahr produzieren. Dies entspricht dem durchschnittlichen jährlichen Bedarf von rund 1500 Haushalten. Bis 2030 soll die Produktionskapazität auf rund 25 Gigawattstunden pro Jahr steigen, was einem jährlichen Bedarf von 6250 Haushalten entspricht. Auch mit Gebäudesanierungen und der Erneuerung der Fahrzeugflotte soll die Armee ihre Energieeffizienz verbessern.

Sicherheitspolitische Lage

Die sicherheitspolitische Lage hat sich im vergangenen Jahr tendenziell weiter verschärft. Die Rivalität zwischen den USA, China und Russland und die damit einhergehenden Spannungen und Konflikte haben sich akzentuiert. Sie sind eine bestimmende Grösse der globalen Politik. Die multinationalen Organisationen, die seit dem Zweiten Weltkrieg die globale und europäische Ordnung prägen und auch für die schweizerische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wichtig sind, zeigen deutliche Bruchlinien. Im Südosten Europas manifestieren sich offene Spannungen zwischen einzelnen Nato-Staaten, und auch das Verhältnis zwischen einzelnen europäischen Nato-Staaten und den USA ist weiterhin getrübt. Krieg und Krisen an der Peripherie Europas dauern an, haben sich teilweise verschlimmert und sorgen für Instabilität und Spannungen. Mit der Covid-

19-Pandemie ist eine Krise dazugekommen, die zusätzlich destabilisierend wirkt. Sie hat kurzfristig bestehende Spannungen zwischen einzelnen Grossmächten verstärkt; die längerfristigen Auswirkungen auf die internationale Lage sind noch ungewiss.

Auch wenn sich die Sicherheitslage generell verschlechtert hat, bleibt ein bewaffneter Konflikt im unmittelbaren Umfeld der Schweiz in näherer Zukunft wenig wahrscheinlich. Er ist aber im weiteren Umfeld möglich. Die Schweiz muss alles unternehmen, damit sie auch in Zukunft nicht direkt Ziel eines militärischen Angriffs wird. Zunehmende Spannungen und militärische Konflikte an der Peripherie Europas haben direkte Konsequenzen für die Schweiz, beispielsweise durch die Verstärkung von Migrationsbewegungen oder die Begünstigung von Terrorismus. Der Trend steigender Verteidigungs- und insbesondere Rüstungsausgaben setzt sich auch in Europa fort. So haben sich die Nato-Mitgliedstaaten 2014 verpflichtet, bis Mitte der 2020er-Jahre zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Verteidigung aufzuwenden. Die meisten von ihnen dürften dieses Ziel erreichen. Inwieweit die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen diesen Trend einer verstärkten militärischen Aufrüstung beeinflussen, bleibt abzuwarten.

Trotz der Modernisierung und des Ausbaus militärischer Potenziale in Europa ist eine direkte militärische Konfrontation zwischen Nato und Russland in absehbarer Zukunft wenig wahrscheinlich. Stärker als militärische Gewaltanwendung herkömmlicher Art betreffen sogenannte «uneindeutige Kriege» und «hybride Bedrohungen» die Sicherheit der europäischen Staaten – und damit direkt und indirekt auch jene der Schweiz. Bei diesen Formen der Konfliktführung sollen ein Staat und seine Gesellschaft destabilisiert und gelähmt werden. Der Aggressor will seine Ziele erreichen, möglichst ohne die Armee des Verteidigers direkt zu konfrontieren. Dazu zielt er bevorzugt auf kritische Infrastrukturen ab, die sich häufig in städtischen, dicht überbauten Gebieten befinden. Sie lassen sich entweder mit Cyberangriffen, Sabotage und Terroranschlägen oder auch mit Aktionen von Sonderoperationskräften beeinträchtigen. Eine Störung oder gar ein Ausfall kritischer Infrastrukturen würden das ordentliche Funktionieren von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat massiv beeinträchtigen. In der Logik dieser hybriden Konfliktführung erfolgt ein Angriff mit militärischen Kräften erst dann, wenn mit keiner koordinierten Abwehr mehr gerechnet werden muss.

Typisch für diese Form von Konflikten ist, dass sie nicht nur am Boden und im Luftraum ausgetragen werden, sondern auch im elektromagnetischen Raum und im Cyberraum sowie über

sämtliche, auch neuen Kommunikationskanäle im Informationsraum, z.B. durch Verbreiten von Falschmeldungen und Propaganda. Wie aggressiv solche Beeinflussungsoperationen von einzelnen Staaten geführt werden, hat sich auch im Zuge der Covid-19-Pandemie gezeigt. Diese neuen, hybriden Formen der Konfliktführung haben die herkömmlichen nicht verdrängt, sondern mit zusätzlichen Mitteln (z.B. Cyberangriffen) erweitert.

Unmittelbar bleibt die Sicherheit der Schweiz durch Bedrohungen herausgefordert, die praktisch ohne Vorwarnzeit entstehen können. Die Covid-19-Pandemie ist ein Beispiel einer solchen unvorhergesehenen Krise. Die Palette möglicher Bedrohungen bleibt aber breit; die seit Jahren bestehende Terrorbedrohung besteht unverändert. Anschläge sind grundsätzlich jederzeit möglich. Ähnliches gilt für Bedrohungen im Cyberraum, aus dem Weltraum und auch aus dem Luftraum: Cyberangriffe durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sind bereits täglich Realität, ebenso Beeinflussungsoperationen und Spionagetätigkeiten via Satellitenaufklärung. In vielen Staaten befinden sich die Luftstreitkräfte in einer ständig hohen Bereitschaft. Sie können rasch grosse Distanzen überwinden, auch weit entfernte Lufträume verletzen und Ziele mit weitreichenden Waffen auf Dutzende oder gar Hunderte von Kilometern präzise bekämpfen.

Neben der aktuellen Pandemie bleiben auch andere Gefahren für die Sicherheit der Menschen relevant. Wegen ihrer Topografie ist die Schweiz Naturgefahren besonders stark ausgesetzt. Eine grosse Herausforderung ist der Klimawandel: Er dürfte vermehrt zu Überschwemmungen, Murgängen und Rutschungen führen, was sich nicht nur im Gebirge auswirkt, sondern auch das Mittelland in Mitleidenschaft ziehen kann. Zudem können Hitzewellen oder Trockenheit zu Waldbränden und Wassermangel führen.

Weiterentwicklung der Armee

Seit dem 1. Januar 2018 befindet sich die Weiterentwicklung der Armee (WEA) in der Umsetzung. Damit wird die Armee auf die aktuellen und künftigen Bedrohungen ausgerichtet. Neben der verbesserten Kaderausildung soll insbesondere die Bereitschaft erhöht, die Ausrüstung modernisiert und die regionale Verankerung gestärkt werden. Neu geschaffene Mobilmachungsabläufe erlauben es, bei überraschenden Ereignissen rasch grosse Truppenteile aufzubieten, auszurüsten und einzusetzen. Seit Anfang 2018 hat sich die Bereitschaft der Armee kontinuierlich verbessert. Als der Bundesrat im März 2020 entschied, die Armee zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie einzusetzen, konnten innert kürzester Zeit mehrere tausend Armeeangehörige aufgeboden wer-

den, um das Gesundheitswesen zu entlasten und die Eidgenössische Zollverwaltung beim Grenzregime zu unterstützen. Die von der Armee geforderten Leistungen im In- und Ausland konnte sie in den neuen Strukturen erbringen. Der Bundesrat hat die eidgenössischen Räte am 7. Juni 2019 in einem Bericht gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes vom 3. Februar 1994 (MG) detailliert über den Umsetzungsstand der WEA informiert. Voraussichtlich im Jahr 2023 wird das Parlament erneut über die Umsetzung der WEA orientiert werden. Zusätzlich erstattet die Armee bis 2022 jährlich Bericht an die Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte.

In den kommenden Jahren wird die Armee weiter in die Ausrüstung investieren müssen, damit Fähigkeitslücken geschlossen und neue Lücken vermieden werden können. Oberste Priorität hat die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge. Hohe Priorität haben in den nächsten Jahren auch Investitionen in die Cyberabwehr. Die Armee muss ihre eigene Infrastruktur und ihre Kommunikationsnetze selber schützen können. Für eine sichere, leistungsfähige und krisenresistente Kommunikation werden deshalb gegenwärtig Geräte und Systeme modernisiert. Investitionen in die Telekommunikation der Armee wurden mit der Armeebotschaft 2020 bewilligt. Mit der vorliegenden Botschaft werden Investitionen in das Führungsnetz und in die Rechenzentren beantragt.

Längerfristige Ausrichtung der Armee

Die Armee muss sich laufend weiterentwickeln, um auf die Abwehr und die Bewältigung aktueller und künftiger Bedrohungen und Gefahren vorbereitet zu sein. Nur so kann sie all ihre in der Verfassung und im Gesetz umschriebenen Aufgaben auch künftig mit Aussicht auf Erfolg erfüllen. Wichtige Grundlagen für die mittel- und längerfristige Ausrichtung der Armee sind die Berichte «Luftverteidigung der Zukunft – Bericht der Expertengruppe Neues Kampfflugzeug» (2017) und «Grundlagenbericht Zukunft der Bodentruppen» (2019).

Gemäss diesen Analysen soll die Armee ihre Fähigkeiten in den kommenden zehn Jahren stärker auf ein hybrides Konfliktbild ausrichten – sowohl bei der Verteidigung in einem bewaffneten Konflikt wie auch bei der subsidiären Unterstützung der zivilen Behörden. Die Armee muss bereit sein, in einem breiten Aufgabenspektrum auch für Einsätze mit höherer Intensität eingesetzt zu werden: Sie muss helfen, schützen und kämpfen können, unter Umständen gleichzeitig oder sehr rasch von einer Aufgabe in die andere wechselnd.

Die Verteidigung, die Kernkompetenz der Armee, umfasst sowohl defensive als auch offensive Einsatzverfahren und den Einsatz

verschiedener Mittel im Verbund. Daneben muss die Armee auch in der Lage sein, zivile Behörden zu unterstützen, sei es bei Katastrophen, sei es bei Herausforderungen im Bereich der Sicherheit wie etwa beim Schutz internationaler Konferenzen, sei es bei der Bewältigung von Pandemien. Zudem engagiert sie sich auch weiterhin in der internationalen Friedensförderung, in erster Linie mit «High Value Assets», also spezialisierten Beiträgen, die für den Erfolg einer Friedensmission besonders bedeutsam und deshalb stark nachgefragt sind. Im Fokus stehen dabei Leistungen in den Bereichen Aufklärung, Überwachung von Räumen, taktischer Lufttransport und Kampfmittelbeseitigung. Die Armee soll auch fähig sein, zum Beispiel Genie- oder Logistikkontingente bis circa Kompaniestärke in internationale Friedensmissionen zu entsenden.

Zur längerfristigen, zielgerichteten Ausrichtung der Armee sind in den kommenden zehn Jahren Rüstungsinvestitionen in der Grössenordnung von 15 Mrd. Fr. erforderlich. Das Ziel ist es, in den 2030er-Jahren schrittweise ein vollständiges, ausgeglichenes und kohärentes Streitkräftenmodell entwickeln und erhalten zu können. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, die Ausgaben der Armee ab 2021 jährlich real um 1,4 Prozent zu erhöhen. Dies entspricht in etwa dem geplanten realen Wachstum der Ausgaben des Bundes.

Schutz des Luftraumes

Die Armee muss über den Luftpolizeidienst hinaus befähigt sein, während einer beschränkten Zeit und in einem beschränkten Raum eine gegnerische Luftüberlegenheit zu verunmöglichen oder zu erschweren. Gleichzeitig muss die Luftwaffe die Armee mit Luft-Boden-Einsätzen und Aufklärung aus der Luft unterstützen.

Neben der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und Mittel zur bodengestützten Luftverteidigung grösserer Reichweite sollen in den nächsten Jahren Fähigkeiten zur Luftlagendarstellung erhalten und weiterentwickelt werden (inkl. elektronische Aufklärung). Dafür sind Investitionen in Sensoren, Fliegerabwehrwaffen und Führungssysteme notwendig. Zudem sollen nicht nur Räume auf grössere Distanzen verteidigt werden können. Auch Systeme, Objekte und Verbände gilt es auf kürzere Distanzen gegen Bedrohungen aus der Luft zu schützen. Die heute vorhandenen Fliegerabwehrwaffen gelangen ans Ende ihrer Nutzungsdauer, was weitere Investitionen in Mittel zur bodengestützten Luftverteidigung unabdingbar macht. Nutzung des Cyber-, des Informations- und des elektromagnetischen Raums

Kaum ein Bereich hat sich in den letzten Jahren so rasch und vielschichtig entwickeln wie der Cyber-, der Informations- und der elektro-

magnetische Raum. Dieser verbindet die physischen Wirkungsräume Boden, Luft und Weltraum. Darin werden Daten und Informationen zwischen Sensoren, Führungseinrichtungen und Wirkmitteln ausgetauscht und verknüpft. Erst so werden Einsätze der Armee plan- und durchführbar. Gleichzeitig finden im Cyber- und im Informationsraum sowie im elektromagnetischen Raum auch eigenständige militärische Operationen statt.

Die Armee muss zum Eigenschutz gegen sie gerichtete Aktionen im Cyberraum entdecken und neutralisieren können. Dazu soll sie ihre Fähigkeiten zur Erstellung des Lagebilds weiterentwickeln. Um sich im Cyberraum schützen und verteidigen zu können, muss die Armee selbst aktive Massnahmen durchführen können. Zudem muss sie in Krisen und bei Cyberattacken handlungsfähig bleiben. Dazu benötigt sie moderne Geräte und Systeme für die Sprachkommunikation und die Datenübermittlung. Dafür wird nicht nur in Material und Infrastruktur investiert; es muss auch konsequent Personal aufgebaut werden.

Weiterentwicklung der Bodentruppen

Bodentruppen, unterstützt durch luftgestützte Aufklärungs- und Transportmittel, kommen in der Verteidigung zum Einsatz oder verstärken subsidiär die zivilen Polizeikräfte. Sie müssen deshalb mobil, geschützt und durchsetzungsfähig sein. Für Durchsetzungsfähigkeit sorgen Mittel, die auf grössere Distanzen wirken, beispielsweise weitreichende Panzerabwehrwaffen. Einsatzverbände sollen künftig je nach Aufgabe flexibel und modular zusammengestellt werden können.

In einem hybriden Konfliktumfeld muss die Armee am Boden zu wirkungsvollen, präzisen und verhältnismässigen Aktionen fähig sein, insbesondere im überbauten Gelände, das für die Schweiz charakteristisch ist. Im Gegenzug kann sie Fähigkeiten abbauen, die in der Vergangenheit erforderlich waren, um raumgreifende Aktionen mechanisierter Grossverbände im offenen Gelände durchzuführen.

Die Armee benötigt in Zukunft noch mehr Fähigkeiten, mit denen sie einen Gegner vor allem im überbauten Gelände präzise bekämpfen kann. Gegnerische Kampffahrzeuge und Geniemittel muss sie mit indirektem Feuer bekämpfen können, sei es mit der Artillerie, mit Kampfflugzeugen oder mit weitreichenden Panzerabwehrwaffen. Besonders herausfordernd in überbautem Gelände ist die Nachrichtenbeschaffung. Dazu braucht die Armee neue Sensoren. Erhalten werden sollen zudem jene Fähigkeiten, mit denen sich Hindernisse im überbauten und offenen Gelände überwinden lassen. Zudem sollen die Bodentruppen mobiler sein, besser geschützt werden und mehr

Wirkung erzielen können als heute. Dazu will die Armee veraltete Raupenfahrzeuge durch möglichst einheitliche und besser geschützte Radfahrzeuge ersetzen.

Innerhalb der Schweiz und im Rahmen von militärischen Friedensförderungsmissionen auch im Ausland werden Bodentruppen und Material über die Luft transportiert. Damit dies weiterhin möglich ist, sind Investitionen in neue Helikopter vorgesehen, weil sich Teile der heutigen Flotte ihrem Nutzungsende nähern.

Vernetzung

Militärische Einsätze bedingen heute einen hohen Grad an Vernetzung. Sind Führung, Sensoren und Wirkmittel miteinander vernetzt, können Aktionen gegen einen ebenfalls vernetzten Gegner erfolgreich sein. Dazu müssen die Wirkungen in verschiedenen Räumen (Luft, Boden, Cyberraum, elektromagnetischer Raum) eng aufeinander abgestimmt sein.

Nebst hohem internen Vernetzungsgrad benötigt die Armee auch Fähigkeiten, mit denen sie in allen Lagen mit den zivilen Behörden zusammenarbeiten kann. Wichtig ist dabei der Nachrichtenverbund, bei dem grosse Datenmengen systemübergreifend bearbeitet werden.

Notwendig sind daher Investitionen in ein neues Informations- und Führungssystem, in die Rechenzentren, in verschiedene Kommunikationsmittel und in Fahrzeuge zur Führungsunterstützung. Zeitgleich prüft die Armee, wie sie vermehrt den Weltraum nutzen kann, insbesondere in den Bereichen Kommunikation und Nachrichtenbeschaffung.

Schwerpunkte der Armeebotschaft 2021

Der Bundesrat setzt mit der Armeebotschaft 2021 fünf Schwerpunkte. Er will Führungs- und Kommunikationssysteme ausbauen, die Mobilität verbessern, den Schutz der Armeegehörigen erhöhen, Logistikinfrastrukturen an die höhere Bereitschaft anpassen sowie Ausbildungsinfrastrukturen modernisieren. Die beantragten Investitionen ermöglichen es, bestehende Fähigkeiten zu erhalten und neue auszubauen.

Führungs- und Kommunikationssysteme ausbauen

Die Armee muss rasch eingesetzt werden und das gesamte Spektrum ihrer Aufträge erfüllen können. Voraussetzung dafür ist eine verlässliche und geschützte Sprach- und Datenübermittlung. Die Führungs- und Kommunikationssysteme der Armee müssen zudem einen Austausch mit zivilen Partnern ermöglichen. Viele der heute eingesetzten Systeme erreichen das Ende ihrer Nutzungsdauer. Ihr Ersatz bzw. ihre Modernisierung ist auch eine wesentliche Voraussetzung für den Schutz vor

Cyberangriffen. Der Bundesrat will deshalb das Führungsnetz Schweiz ausbauen, die Rechenzentren VBS entsprechend ausstatten und Führungsinfrastrukturen der Luftwaffe anpassen.

Mobilität verbessern

In den nächsten Jahren will der Bundesrat vorrangig die Mittel zum Schutz des Luftraums erneuern. Daneben braucht es aber schon heute punktuelle Investitionen zugunsten der Bodentruppen. Dazu gehören, das rasche Entfernen von Hindernissen oder der Bau von Absperrungen. Panzersappeurinnen und -sappeure verfügen über diese bei Einsätzen äusserst wichtige Fähigkeit. Sie verbessern damit die Mobilität der eigenen Truppen. Um diese Fähigkeit zu erhalten und die Besatzung besser zu schützen, sollen veraltete Raupenfahrzeuge durch neue geschützte Radfahrzeuge ersetzt werden.

Schutz der Armeeingehörigen

Die Abwehr von atomaren, biologischen und chemischen (ABC) Kampfmitteln ist eine zentrale Fähigkeit der Armee. Armeeingehörige benötigen dazu eine Ausrüstung, mit der sie gegen chemische Kampfstoffe, radiologische und toxische Substanzen, Bakterien, Viren, Toxine und Reizstoffe geschützt sind. Die bestehende ABC-Schutzausrüstung aus den 1990er-Jahren soll durch neue, moderne Ausrüstungen ersetzt werden.

Logistikinfrastrukturen an die höhere Bereitschaft anpassen

Die Erhöhung der Bereitschaft der Armee, wie sie mit der WEA eingeführt wurde, zieht Anpassungen der Logistikinfrastruktur nach sich. Dazu benötigt die Armee zusätzliche Lager- und Betriebsflächen. Die in der Region dezentral vorhandene Infrastruktur soll in der Logistikinfrastruktur in Burgdorf konzentriert werden.

Ausbildungsinfrastrukturen modernisieren

Der weitere Ausbau der Infrastruktur auf den Waffenplätzen Frauenfeld und Drogens trägt der notwendigen Verdichtung Rechnung. Er erlaubt es, auf mehrere Aussenstandorte zu verzichten, und schafft gleichzeitig die erforderliche moderne Trainingsumgebung für die längerfristige Ausrichtung der Armee. In Frauenfeld sollen ein Unterkunftsgebäude sowie eine Ausbildungs- und Einstellhalle gebaut werden. In Drogens ist der Bau von zwei Ausbildungshallen geplant. Die Armee berücksichtigt bei Ausbildungsinfrastrukturen auch die Bedürfnisse dienstleistender Frauen.

Klimapaket und nachhaltige Immobilienbewirtschaftung

Der Bundesrat berücksichtigt die Anliegen von Umwelt und Raumordnung. Er handelt über

gesetzliche Mindeststandards hinaus umweltgerecht. Das VBS und die Armee spielen dabei eine wichtige Rolle.

Klimapaket der Bundesverwaltung

Der Bundesrat will die Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch der Bundesverwaltung senken. 2019 hat er die Departemente beauftragt, ein Klimapaket umzusetzen. Das VBS hat den CO₂-Ausstoss bis 2030 gegenüber 2001 um mindestens 40 Prozent zu reduzieren. Die restlichen Treibhausgasemissionen sind durch Emissionsminderungszertifikate vollständig zu kompensieren.

Das VBS verfügt bereits seit 2004 über ein Energiekonzept. Im Rahmen dieses Konzepts richtete es 2010 die Bestrebungen zur Senkung der Energiekosten und des CO₂-Ausstosses neu aus, um die energiepolitischen Ziele des Bundesrates umzusetzen. Für die nächste Dekade wird das Energiekonzept VBS durch den Aktionsplan Energie und Klima VBS abgelöst. Unter anderem sind darin folgende Massnahmen definiert:

Gebäudesanierungen:

In den letzten Jahren hat das VBS bei seinen Immobilien auf den Einbau von neuen fossil betriebenen Heizungen verzichtet. Die Wärme stammt aus erneuerbaren Energien wie Solar- und Umweltwärme, Geothermie, Biomasse, Holz und Wärmepumpen. Bis im Jahr 2030 sollen möglichst alle Ölheizungen – unabhängig vom Ende der Nutzungsdauer – ersetzt werden. Bei Sanierungen von Gebäuden oder beim Ersatz von Wärmanlagen werden konsequent die technischen Vorgaben «Energie, Gebäude und Haustechnik» angewendet. Damit wurde gegenüber 2001 der jährliche CO₂-Ausstoss bis heute um rund 24 000 Tonnen reduziert. Das VBS plant für den vorzeitigen Ersatz der Heizungen mit Investitionen von 87 Mio. Fr., womit der jährliche CO₂-Ausstoss bis 2030 um weitere rund 20 000 Tonnen sinken soll.

Strom und Wärmeproduktion:

Das VBS betreibt bereits heute über 40 Fotovoltaikanlagen (PVA), die zusammen rund 6 Gigawattstunden elektrische Energie pro Jahr produzieren. Dies entspricht dem durchschnittlichen jährlichen Energiebedarf von rund 1500 Haushalten. Bis 2030 soll die Produktionskapazität auf rund 25 Gigawattstunden pro Jahr steigen, was einem jährlichen Bedarf von 6250 Haushalten entspricht.

Fahrzeugflotte:

Die Armee betreibt eine grosse Fahrzeugflotte. Den grössten Anteil bilden nicht gepanzerte Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht zwischen 3,5 und 40 Tonnen. Gegenwärtig sind 15 000 solcher Fahrzeuge im Einsatz, die 50 Millionen

Kilometer pro Jahr zurücklegen. In den letzten Jahren wurde dieser Flottenteil laufend erneuert und der Treibstoffverbrauch dabei nachweislich reduziert. Diese Erneuerung soll fortgesetzt werden.

Nachhaltige Immobilienbewirtschaftung

Die Immobilienbewirtschaftung des VBS legt grossen Wert auf eine nachhaltige Entwicklung des Portfolios. Mit den rund 4500 genutzten Gebäuden und Anlagen sowie den 24 000 Hektaren Land im Eigentum spielt die Umwelt im VBS eine wichtige Rolle. Folgende Massnahmen tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung des Immobilienportfolios bei:

Baustandards:

In den Bauprojekten wird der Minergie-Standard angewendet. Je nach Gebäudekategorie und Projektart (Neubau oder Sanierung) kommen verschiedene Minergie-Standards oder Einzelbauteile nach Minergie-Modul zum Einsatz. Abhängig von der Gebäudekategorie werden die Standards mit dem Teil «Eco» für die Themen Gesundheit und Bauökologie ergänzt. Zudem orientiert sich das VBS am Standard «Nachhaltiges Bauen Schweiz» in den Bereichen Hochbau und Infrastruktur.

Bodenschutz und Altlastensanierung:

Die militärische Nutzung von Arealen kann den Boden belasten. Bei Schiessübungen können beispielsweise Schwermetalle aus der Munition ins Erdreich gelangen. Um dies zu verhindern, werden die Plätze – wo technisch möglich – mit künstlichen Kugelfängen ausgerüstet. Stillgelegte Schiessplätze werden untersucht und belastete Flächen saniert. Der Bundesrat rechnet mit Ausgaben von rund 360 Mio. Fr. Über die letzten Jahre wurden kumuliert rund 300 000 Quadratmeter Fläche auf militärischen Schiessplätzen und Schiessanlagen saniert.

Biodiversität und Naturschutz:

Flächen, die das VBS nutzt, sind ökologisch oft besonders wertvoll. Mit dem Programm «Natur Landschaft Armee» will das VBS die militärische und landwirtschaftliche Nutzung sowie die Naturwerte an den Standorten in Einklang bringen und die Biodiversität gezielt fördern. Die Wirkung des Programms wird jährlich mit einem Monitoring zur Biodiversität überprüft.

Schiesslärm:

Die Lärmschutzverordnung vom 15. Dezember 1986 legt verbindliche Belastungsgrenzwerte für den Lärm militärischer Waffen-, Schiess- und Übungsplätze fest. Das VBS ist verpflichtet, bis 2025 die Lärmbelastung auf all seinen Anlagen zu ermitteln und gegebenenfalls geeignete Sanierungsmassnahmen umzusetzen.

Integraler Gewässerschutz:

Das VBS wendet beim Betrieb eigener Trinkwasserversorgungen und Abwasseranlagen konsequent das Prinzip des «Integralen Gewässerschutzes» an. Dies stellt sicher, dass das Wasser in einer angemessenen Menge verfügbar und die Qualität über den gesamten Kreislauf gewährleistet ist.

Verhältnis zur Legislaturplanung und zur Finanzplanung

Die Vorlage ist in der Botschaft vom 29. Januar 2020 zur Legislaturplanung 2019–2023

und im Bundesbeschluss vom 21. September 2020 über die Legislaturplanung 2019–2023 angekündigt. Die eidgenössischen Räte verfolgen damit unter anderem das folgende Ziel: «Die Schweiz kennt die Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente, um diesen wirksam entgegenzutreten». Gestützt darauf wurden in der Armeebotschaft 2020 die anstehenden Investitionen aufgezeigt. Die eidgenössischen Räte haben zur Deckung des Finanzbedarfs der Armee einen Zahlungsrahmen für die Jahre 2021–2024 von 21,1 Milliarden Franken

beschlossen. Die Armeebotschaft 2021 basiert auf diesen Beschlüssen.

Quelle: Armeebotschaft 2021 vom 17. Februar 2021; www.admin.ch; www.vbs.admin.ch; www.vtg.admin.ch

Roland Haudenschild

Positionspapier: Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft

I. Zur Einordnung und zur Sicherheitspolitik

Am Beginn eines Jahrzehnts, das uns immer rasanteren Wandel von Wirtschaft, Umwelt und Technologie bringen wird, ist es unsere dringende Aufgabe, auch die Veränderungen der Sicherheitslage unseres Landes genau in den Blick zu nehmen. Nun sind wir gefordert, aus diesem schnellen Wandel die richtigen Schlüsse für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie für Auftrag, Einsatz und Gestalt der Bundeswehr zu ziehen.

2016 hat die Bundesregierung das aktuelle Weissbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr veröffentlicht. Die damaligen Analysen, Annahmen und Ableitungen bleiben gültig. Viele der damaligen sicherheitspolitischen Annahmen haben sich seitdem realisiert. Die daraus entstandene verdichtete sicherheitspolitische Gesamtsituation wird bisher öffentlich noch wenig wahrgenommen, ist jedoch real. Wir selbst denken nicht in den Kategorien von Machtpolitik und Dominanz, doch andere tun es und handeln danach.

Risiken und Bedrohungen

Für uns gilt das Primat der Politik. Das Militärische wird vielerorts jedoch wieder als oberstes Mittel zur Konfliktlösung angesehen, z. B. in der Ostukraine, in Syrien, in Libyen oder jüngst in Berg-Karabach.

Hinzu kommen sich rasch weiterentwickelnde Waffentechnologien, die die Verteidigung von Landesgrenzen, Infrastruktur und auch der eigenen Streitkräfte um ein Vielfaches schwerer machen: Drohnen, Killer-Satelliten, hypersonische Flugkörper. Gegen manche dieser Bedrohungen sind wir heute nur schlecht gewappnet. Feindliche Akteure greifen Deutschland täglich tausendfach in den Datennetzen an. Das betrifft Firmen, staatliche Behörden und Sicherheitsorgane gleichermassen.

Menschenrechte, Demokratie und kooperative Politik werden immer häufiger angegriffen und systematisch geschwächt. China ist von einer aufstrebenden Volkswirtschaft zu einem machtvollen und immer häufiger sichtbar ausgreifenden Akteur geworden. Die Dynamiken im Indo-Pazifik weisen zunehmend in Richtung Machtrivalität und wachsender Konflikte. Das besorgt auch unsere Wertepartner in der Region. Russland definiert sich als Gegenmacht zum Westen. Immer deutlicher hat Moskau seine militärischen und politischen Drohungen in jüngster Zeit verschärft und internationale Verträge wesentlich verletzt. Russland wendete in den vergangenen Jahren in seiner Nachbarschaft militärische Gewalt an und rüstet massiv konventionell und nuklear auf. Aus dieser Lage ergeben sich sehr konkrete Bedrohungen für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger, denen wir begegnen müssen:

Übergriffe auf uns und unsere Bündnispartner, die Grenzen, den Luftraum, die Hoheitsgewässer und den Datenraum. Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Kommunikationswege und unsere offene Gesellschaft.

Die offenen und verdeckten Angriffe auf den Zusammenhalt unserer Bündnisse und Wertepartnerschaften. Die Einschränkung unserer politischen Handlungsfreiheit. Wir dürfen nicht erpressbar werden.

Das Abschneiden und Blockieren internationaler Handelswege und Versorgungsketten, von denen unser global erwirtschafteter Wohlstand und unser Sozialstaat abhängen.

Auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie verwundbar wir sind, und dass gesamtgesellschaftliche Resilienz auch eine militärische Facette hat.

Zeit für neues Denken

Jetzt, im Frühjahr 2021, bietet sich der ideale Moment, um die Debatte über unsere Sicherheit zu

vertiefen und Entscheidungen voranzutreiben. In Deutschland wird im September ein neuer Bundestag gewählt, und mancherorts haben Diskussionen um Verteidigungsfragen schon begonnen. In den USA ist eine neue Regierung im Amt, die sich als Partner Europas sieht und gerade von uns Deutschen – zu Recht – einen grösseren militärischen Beitrag erwartet. Grossbritannien muss nach dem Brexit weiter ein enger Sicherheitspartner bleiben. Mit Frankreich und den europäischen Partnern wollen wir der EU mehr sicherheitspolitische Kraft verleihen. Und auch in der NATO gibt es intensive Debatten über künftige militärische Aufgaben, Fähigkeiten, faire Lastenteilung und Geld.

Unser Fokus richtet sich deswegen auf die Aufgaben, die wir heute anpacken müssen, um Deutschlands Sicherheit auch morgen zu wahren; auf die Rolle, die Deutschland in Europa und darüber hinaus annehmen muss – und auf die Streitkräfte, die es für beides braucht.

Wir wollen beantworten, welchen Ehrgeiz Deutschland in der Sicherheitspolitik aufbringen muss, und wie es sich noch besser in den Dienst einer freiheitlichen Friedensordnung stellen kann. Wir wollen erklären, warum sich das aus unserer Rolle als fest eingebundener Bündnispartner ergibt und auch ganz direkt aus eigenen deutschen Sicherheitsinteressen. Wer wie wir will, dass Deutschland mehr tut und mutig in Führung geht, der muss zu allererst unseren Bürgerinnen und Bürgern schlüssig erklären, warum das nötig ist und wie das gehen soll.

II. Was das für Deutschland heisst

Deutschland steht aufgrund seiner geographischen Lage in der Mitte Europas und seiner wirtschaftlichen Kraft für die Sicherheit Europas besonders in der Pflicht. Unser Land muss einen seiner Lage und Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag für Sicherheit und Frie-

den leisten – auch im militärischen Bereich. Deutschland trägt dabei Verantwortung für die Sicherung des eigenen Hoheitsgebiets – die Landesverteidigung – als auch für die ebenso wichtige Aufgabe der Bündnisverteidigung. Für beides ist glaubwürdige militärische Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit in allen Dimensionen – Land, Luft, See, Weltraum und Cyber – grundlegend.

Bei der Bündnisverteidigung wollen und müssen sich unsere Alliierten für ihre Sicherheit auf uns verlassen können. Der Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung verlangt von unseren Soldatinnen und Soldaten die Bereitschaft und das Können, auch im Kampf zu bestehen.

Rollen

Deutschland muss aufgrund dieser doppelten Verantwortung über einen breiten Mix an militärischen Fähigkeiten verfügen. Nur so kann es alle ihm zukommenden Rollen wahrnehmen: Die Rolle als Anlehnungsnation für die Fähigkeiten und Strukturen unserer Verbündeten, vor allem jener mit vergleichsweise kleineren militärischen Möglichkeiten. Hieraus erwächst die Notwendigkeit, die Bundeswehr breit aufzustellen, damit sie in allen militärischen Bereichen für unsere Partner andockfähig ist. Ein breites militärisches Profil ist kein Luxus, sondern eine strategische Notwendigkeit. Ohne eine vielfältig einsetzbare Bundeswehr kann es kein handlungsfähiges Europa geben.

Die Rolle als «first responder», der aufgrund seiner zentralen Lage schneller als alle anderen bei Krisenfällen insbesondere an den Aussen Grenzen von NATO und EU zur Stelle sein muss. Dies gilt für das Baltikum ebenso wie für den Balkan, für das Mittelmeer ebenso wie für die Nord- und Ostsee.

Die Rolle als «Drehzscheibe» im Bündnis, die in der Mitte Europas entscheidend ist für die Mobilität verbündeter Streitkräfte. Deutschland muss Infrastruktur und Logistik vorhalten und seinen Beitrag zur Koordination und zum Schutz leisten, damit Operationen im gesamten Bündnisgebiet reibungslos durchgeführt werden können.

Die Rolle als Truppensteller im internationalen Krisenmanagement auch jenseits des Bündnisgebietes. Gerade für diese Aufgabe werden oft spezialisierte «Hochwertfähigkeiten» benötigt, wie zum Beispiel Aufklärung, Luftbetankung und -transport, elektronische Kampfführung oder Spezialkräfte.

Die Rolle als Wertepartner. Wir setzen uns konsequent für die regelbasierte internationale Ordnung ein, in NATO und EU und Kooperation mit unseren Verbündeten und Wertepartnern weltweit – zum Beispiel durch Technologiekooperation mit Israel oder Übungen und Hafenbesuche in Japan und Australien.

Hinzu kommt eine weitere Rolle im Heimatschutz im Frieden wie im Krisenfall. Dasschliesst eine starke Reserve mit ein, die im Katastrophenfall für die Amtshilfe in Deutschland ebenso zur Verfügung steht wie als wichtiger Kraftverstärker für die anderen genannten Rollen.

Weiterentwicklung

Aufgrund der vielfältigen Rollen, die Deutschland ausfüllen will und muss, ist deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik immer multinational und die Bundeswehr eines ihrer wesentlichen Instrumente. Für die Weiterentwicklung der Bundeswehr sind daher zwei Kernfaktoren ausschlaggebend: einerseits unsere eigenen Interessen und Ziele, andererseits unsere Einbindung in die Planungen der NATO und der EU. Unsere Partner erwarten zurecht grössere deutsche Ambitionen, und sie erwarten, dass wir uns an gemeinsame Vereinbarungen in den Bündnissen halten. Das gilt für das 2-Prozent-Ziel und die Gesamtfähigkeiten, die wir gemäss unserer Grösse und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in die NATO einbringen wollen sowie für unser Engagement im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

Wir haben eine gemeinsame Vorstellung davon, wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll und welche Fähigkeiten sie benötigt. Dabei stehen wir vor einer doppelten Herausforderung: Wir müssen einerseits bestehende Fähigkeiten, die durch den Sparkurs der Vergangenheit zum Teil deutlich geschwächt wurden, wieder auffüllen und auffrischen. Andererseits müssen wir sicherstellen, dass wir mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt halten. Das heisst: Wir dürfen nicht einfach die Streitkräfte der Vergangenheit vergrössern, sondern müssen jetzt die Weichen richtig stellen, um Kräfte, Fähigkeiten und Strukturen auf die Zukunft auszurichten.

Erste Schritte sind getan. Der Verteidigungshaushalt ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, die Bundeswehr erhält neues Material, und die Einsatzbereitschaft verbessert sich. Angesichts des grossen Nachholbedarfs sorgt dabei jede Verzögerung für berechnete Enttäuschung – in der Truppe und auch bei uns. Jetzt stehen wir vor Entscheidungen. Wer gleichzeitig auffüllt und modernisiert, der ist gezwungen, Prioritäten zu setzen. Wir werden deshalb stärker als in der Vergangenheit prüfen, welche Systeme und Technologien wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig sind. Dafür werden wir konsequent – und gegebenenfalls auch auf Kosten bestehender Systeme – Innovationen in die Bundeswehr einführen. Nur so können wir dringend benötigte hochtechnologische Fähigkeiten aufbauen. Geleitet wird diese Auswahl von klaren Kriterien:

- Gegen welche Bedrohungen müssen wir uns schützen?
- Was ist praktikabel und schnell verfügbar?
- Was stärkt den Industrie- und Technologiestandort Deutschland und schafft Arbeitsplätze?
- Was kann in Kooperation mit unseren europäischen und internationalen Partnern beschafft werden?
- Und vor allem und am wichtigsten: Was ist das Beste für die Truppe?

Verlässliche Finanzierung

Angesichts dieser Gesamtlage stellen wir fest, dass die Bundeswehr trotz erheblicher Zuwächse im Verteidigungshaushalt in den vergangenen Jahren weiterhin unterfinanziert ist. Selbstverständlich werden wir auch künftig auf die Wirtschaftlichkeit unserer Ausgaben achten. Effizienz allein wird uns jedoch nicht den erforderlichen finanziellen Spielraum eröffnen. Für eine moderne, umfänglich einsatzbereite Bundeswehr benötigen wir daher einen weiter steigenden und verlässlich planbaren Verteidigungshaushalt. Nur so können mehrjährige Beschaffungsvorhaben zielgerichtet umgesetzt werden. Stagniert oder sinkt der Haushalt, besteht die Gefahr, dass der Grundbetrieb, d.h. die stetig steigenden fixen Ausgaben für Gehälter, Betrieb und Liegenschaften gerade jene Mittel aufzehren, die für Forschung, Entwicklung und Beschaffung der Fähigkeiten der Zukunft unentbehrlich sind.

Die besondere Aufgabe der Bundeswehr erfordert besondere Menschen, die in ihr dienen. Um solche Menschen mit vielfältigen Talenten und hoher Motivation zu gewinnen, sie zu fördern und dauerhaft an uns zu binden, müssen wir attraktive Laufbahnen und finanzielle Sicherheit anbieten können.

Priorisieren heisst deswegen gerade nicht: Antreten zum Sparkurs. Priorisierung dient der präzisen Ausgestaltung der Modernisierung. Umfassende Sicherheit gibt es nicht zum Spar tariff.

In diesem Zusammenhang weisen wir mit besonderem Nachdruck darauf hin, dass Verteidigung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, die sich nicht allein im Verteidigungshaushalt niederschlagen kann. Für die Finanzierung von politisch übergeordneten Grossvorhaben, vor allem in der multinationalen Rüstungskoope ration, steht die Bundesregierung gemeinschaftlich in der Verantwortung. Die staatliche Kernaufgabe Sicherheit muss breit getragen werden.

Strategiefähigkeit

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee handelt letztlich im Auftrag aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es so wichtig, über die zuge spitzte Sicherheitslage und die Notwendigkeit

der Investitionen offen und in klarer Sprache Rechenschaft abzulegen. Die Strategiefähigkeit und die strategische Kultur in unserem Land wollen wir fördern, indem wir Raum für strategische Debatten schaffen:

- In der Regierung durch die Weiterentwicklung des Bundessicherheitsrats zu einem Nationalen Sicherheitsrat, der das Fachwissen der Ressorts zu Sicherheitspolitik aus einem Guss bündelt und unsere strategischen Instrumente verlässlich koordiniert.
- Im Ministerium durch einen Bundesbeirat Sicherheit, der die Fachexpertise aus Wissenschaft, Forschung und Gesellschaft systematisch erfasst.
- Im Parlament regen wir die Idee einer Sicherheitswoche im Deutschen Bundestag an, so wie es heute dort bereits eine Haushaltswoche gibt, mit einem jährlichen Bericht der beteiligten Ministerien zur Bedrohungs- und Sicherheitslage.
- Und für die Finanzen durch ein Bundeswehrplanungsgesetz, das die Finanzierung der Streitkräfte wie in anderen Ländern auf ein solides, mehrjähriges Fundament stellt, ohne die Finanzhoheit des Bundestages einzuschränken.

III. Zur Zukunft der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist heute für die Herausforderungen und Bedrohungen von morgen noch nicht ausreichend vorbereitet.

Mit der Neuausrichtung im Jahr 2011 wurde die Bundeswehr einseitig auf Auslandseinsätze im internationalen Krisenmanagement ausgerichtet. Wir spüren nun, dass neben den Fähigkeiten und der Ausrüstung auch die Strukturen und die Führungsorganisation zügig der Lage angepasst werden müssen. Mit Blick auf die Landes- und Bündnisverteidigung zeigt jüngst die Unterstützung der Bundeswehr in der Corona-Pandemie deutlich die Schwachstellen im Hinblick auf territoriale Strukturen und Führungsprozesse auf.

Diese und andere Defizite wurden in den vergangenen Jahren ausführlich analysiert und erfasst – sowohl intern als auch extern. Die Probleme sind bekannt, die Forderungen und Empfehlungen liegen auf dem Tisch. Jetzt gilt es, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, gute Lösungen zu finden und diese umzusetzen.

Unser Ziel ist es,

- die Fähigkeiten der Streitkräfte für alle Rollen unseres Landes und in der gesamten Bandbreite weiter zu modernisieren und dem technologischen Wandel anzupassen,
- die Lücken in der Ausrüstung und Ausstattung zu füllen,
- schlankere, funktionalere, resiliente Strukturen sowie kürzere und damit

schnellere Prozesse in der militärischen Führungsstruktur, in der Beschaffungs- und Nutzungsorganisation und im Verteidigungsministerium zu schaffen,

- Verantwortung dort anzusiedeln, wo es sinnvoll ist.

Dabei leiten uns ergänzend folgende Fragen:

- Welche Fähigkeiten benötigen wir in welcher Qualität und Quantität – auch im Sinne der Priorisierung kritischer Bereiche, wie z.B. einer umfassenden modernen Luftverteidigung, eines schnellen Transports leistungsfähiger Kräfte, intelligenter Aufklärungssysteme in allen Dimensionen, durchgängiger digitaler Führungsbefähigung?
- Wie gelingt uns zielgerichtete und wirkungsstarke Innovation, um schnell neue Technologien zu erschliessen und für die Bundeswehr nutzbar zu machen?
- Wie können wir die Truppe wieder stärken und der Stablastigkeit der Bundeswehr entgegenwirken?
- Wie können wir multinationale Kooperation effektiver nutzen, um Beschaffung, Nutzung und Interoperabilität zu verbessern?
- Wie kann die Einsatzbereitschaft noch wirksamer erhöht werden?

Im Zuge dieser Prüfungen werden wir auch zivile Bereiche der Bundeswehr, vor allem Beschaffung und Nutzung genau untersuchen. Als integrale Bestandteile eines funktionierenden Gesamtsystems Bundeswehr sind sie untrennbar mit der Einsatzbereitschaft und der Adaptionsfähigkeit der Streitkräfte verbunden. Bereits jetzt entwickeln wir die Beschaffung schrittweise weiter. Wir schauen uns an, welche Wirkung diese Schritte haben. Wenn sie nicht ausreichen, werden wir grössere Veränderungen angehen.

Das Ziel ist eine moderne Beschaffung, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Dazu gehören vollständig digitale Abläufe und ein eigenständiger Einkauf für die Bundeswehr.

Wir haben mit einer ersten Planungskonferenz bereits damit begonnen, Forderungen vernünftig zu begrenzen. Dies werden wir von nun an auf allen Ebenen verankern und in allen Phasen der Beschaffung fortsetzen. Wir werden noch mehr auf marktverfügbare Systeme setzen. Zur Betrachtung gehören selbstverständlich auch Aufbau und Struktur des Verteidigungsministeriums. Das gilt insbesondere im Hinblick auf möglichst klare und ungeteilte Verantwortung sowie strategische Planung und Controlling.

IV. Nächste Schritte

Die zurückliegenden zwei Jahrzehnte waren für die Bundeswehr von erheblichen Umbrüchen geprägt. Sie musste schrumpfen, fast schon

existenziell sparen und hat gleichzeitig weltweit Einsätze bestritten. Jetzt wächst die Bundeswehr wieder, muss aber umfassend weiter modernisiert werden.

Die vor uns liegenden Herausforderungen werden wir zügig angehen. Die Analyseergebnisse liegen auf dem Tisch. Es gilt jetzt, keine Zeit zu verlieren. Entscheidungen, die jetzt gefällt werden können, werden wir treffen. Noch nicht entscheidungsreife Fragen werden so vorbereitet, dass sie mit Beginn der neuen Legislaturperiode entschieden werden können.

Wir geben so den Anstoss dazu, die Bundeswehrplanung mit langfristiger Perspektive neu zu denken, damit unsere Streitkräfte auch in Zukunft ein wirkungsvolles Instrument unserer Sicherheitsvorsorge bleiben und wirksam die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verteidigen können.

Im März 2021 legen wir eine umfassende Bewertung des Themas bodengestützte Luftverteidigung vor.

Bis zum Ende des I. Quartals leiten wir die Beschaffungsvorlage für die Eurodrohne dem Deutschen Bundestag zu.

Im II. Quartal treffen wir die Entscheidung zur Beschaffung eines schweren Transporthubschraubers.

Im April 2021 präsentieren wir die Grundzüge für einen modernen und zeitgemässen Heimatschutz.

Wir erlassen im Mai 2021 Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft und legen damit konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Streitkräfte hinsichtlich ihrer Fähigkeiten, Strukturen und Einsatzbereitschaft vor.

*Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der Verteidigung*

*Eberhard Zorn
Generalinspekteur der Bundeswehr*

*Bundesministerium für Verteidigung
Berlin, den 9. Februar 2021*

